

Ein grünes Wirtschaftswunder wird es nicht geben

Denkfabrik Die ungünstige Demografie, die Investitionszurückhaltung und die Erosion des Kapitalstocks stehen einem neuen Wachstumsschub im Wege.

TEXT JOHANNES MAYR

Kaum ein anderes Thema genießt seit Jahren so viel öffentliche Aufmerksamkeit wie der Klimawandel. Um die Erderwärmung zu begrenzen, ist eine drastische Reduktion der globalen CO₂-Emissionen unabdingbar. Deutschland möchte hier Vorreiter sein und bereits 2030, in weniger als sieben Jahren, 65 Prozent seiner Emissionen im Vergleich zu 1990 einsparen und 2045 netto bei null ankommen. Die anvisierten Transformationsprozesse in Wirtschaft und Gesellschaft sind enorm – und stoßen bereits in der ersten Phase auf erheblichen Widerstand.

Wohl auch deshalb stellt die Politik einen Wachstumsimpuls ähnlich dem Wirtschaftswunder der 1950er-Jahre in Aussicht. Das wäre mit Blick auf die strukturellen ökonomischen Entwicklungen wünschenswert. Schließlich hat sich das Wachstumspotenzial in Deutschland im Laufe der vergangenen Dekaden dramatisch verlangsamt. Von etwa vier Prozent in den 1960er-Jahren über drei Prozent in den 1980er-Jahren auf etwa ein Prozent seit der Finanzkrise. Und für die kommenden fünf Jahre erwarten die Wirtschaftsforschungsinstitute eine weitere Verlangsamung: auf 0,5 Prozent.

„Der Staat war bereits in der Vergangenheit nie besonders gut darin, innovative Geschäftsfelder zu identifizieren“

Verantwortlich sind die Demografie und das langsamere Wachstum der Arbeitsproduktivität. Die Investitionszurückhaltung der öffentlichen und privaten Hand im Inland und die damit einhergehende Erosion des Kapitalstocks spielen hier eine zentrale Rolle. Die Innovationen der Digitalisierung haben das Pendel bisher nicht zurückschlagen lassen. Steigende Effizienz und Zeiteinsparungen in den Arbeitsabläufen durch künstliche Intelligenz werden unter anderem durch die Reduktion der Arbeitszeit überkompensiert – oder in erhöhten Social-Media-Konsum investiert. Ein intergenerationelles Phänomen, Trendwende nicht in Sicht.

Negativer Angebotsschock

Der Wunsch nach einem grünen Wirtschaftswunder ist also aus mehreren Aspekten nachvollziehbar. Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Denn zunächst impliziert die ökologische Transformation die Einpreisung von externen Kosten bei der Herstellung von Gütern und Dienstleistungen, etwa über den CO₂-Preismechanismus. Sie wirkt nur dann nicht wohlfahrtsmindernd im ökonomischen Sinne, wenn gleichzeitig die Produktivität in gleichem oder größerem Maße zulegt. Ein negativer Angebotsschock muss also durch einen positiven Angebotsschock ausgeglichen werden.

Herausfordernd ist das vor allem deshalb, weil dies unter einem insgesamt geringeren Ressourceneinsatz erreicht werden muss. Die Effizienz in der Wirtschaft muss also noch stärker steigen als die Produktivität. In einzelnen Bereichen kann das gelingen. Die Energiewirtschaft hat hier durchaus Potenzial. Auch die Bereiche Klima- und Umwelttechnik, Abfallwirtschaft und Recycling werden einen Schub erhalten.

Deutsche Unternehmen sind im internationalen Vergleich hier gut aufgestellt. In

anderen Bereichen der Wirtschaft, insbesondere der Industrie, ist der Ausblick aber unsicherer. Hier sind noch erhebliche Innovations sprünge notwendig, die auch produktivitätswirksam werden müssen. Das ist möglich, fest rechnen sollte man damit aber nicht. Das legen nicht zuletzt die Erfahrungen mit der Digitalisierung nahe.

Auch ein temporärer Nachfrageboom durch erhöhte Investitionen in die Infrastruktur und die Energiesysteme ist alles andere als sicher. Angesichts der bereits hohen Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten – Stichworte sind hier der Fachkräftemangel, die Rohstoffengpässe und der veraltete Kapitalstock – ist damit zu rechnen, dass es zu erheblichen Verdrängungseffekten anderer Investitionsvorhaben kommt und sich ein erheblicher Teil des Schubs in höheren Preisen niederschlägt.

Weniger Aktionismus erwünscht

Insgesamt spricht also wenig für einen wirtschaftlichen Boom durch die ökologische Transformation. Gleichzeitig ist eine Welt ganz ohne Wachstum gesellschaftlich kaum realistisch. Denn dieses entspringt dem Streben der Menschen nach Wohlstand und Fortschritt und wird auch unter geänderten Rahmenbedingungen einen Weg finden.

Deshalb sollte sich der Staat auf die Festlegung dieser Rahmenbedingungen fokussieren und dabei so weit wie möglich den Preismechanismus für die Anpassung des Wirtschaftssystems nutzen. Für eine weniger aktionistische Politik spricht auch, dass der Staat bereits in der Vergangenheit nie besonders gut darin war, innovative Geschäftsfelder zu identifizieren. Manche Sektoren werden schrumpfen, andere hingegen expandieren. Insgesamt dürfte die deutsche Wirtschaft auch in Zukunft weiterwachsen, wenn wohl in geringerem Tempo.

Angesichts der zu erwartenden Spreizung von Wirtschaft und Gesellschaft in Gewinner und Verlierer der Transformation kommt dem Staat beim Ausgleich zwischen diesen Gruppen eine zentrale Rolle zu. Hier liegt seine große Aufgabe im Transformationsprozess. ■



JOHANNES MAYR ist Chefvolkswirt des Vermögensverwalters Eyb & Wallwitz. Zuvor hat der promovierte Volkswirt bei der BayernLB und beim Münchner ifo Institut gearbeitet.